

Wochendienst

Nr. 24

vom 20. Juni 2014

Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Gesundheit und Verbraucherschutz

Hamburger Know-how für hohe Trinkwasser-hygienestandards auf Kreuzfahrtschiffen.....	3
Den Sommer ohne Risiko genießen	5
„Recht so! Ihre Rechte als Kunde“	7
Warnung vor betrügerischen Telefonanrufen.....	8

Schule, Jugend und Berufsbildung

Senator Rabe stellt Hamburg Ferienpass 2014 vor	9
Beim Verzicht aufs Rauchen sind Hamburgs Schülerinnen und Schüler top!.....	11

Umwelt

Ausgezeichnete Bildungsarbeit für Nachhaltigkeit	14
--	----

Wirtschaft, Verkehr und Hafen

Ausbau A7.....	15
2. Verkehrsdialog	17
HPA weiht neue Nautische Zentrale ein	19

Gleichstellung

Neues Gleichstellungsgesetz für Hamburg.....	21
--	----

Justiz

Zwangsversteigerung von Schiffen, Piraterie und Risikoverteilung bei Havarien – Impulse für internationales Seerecht in Hamburg.....	23
--	----

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Scholz lobt Engagement der Wohnungswirtschaft.....	25
--	----

Kultur

Webseite zur Musikvermittlung in Hamburg „Hört, hört!“ ist online.....	27
--	----

Sport

10,92 Millionen Euro jährlich für den organisierten Sport 28

Datenschutz

Transparenz als staatliche Aufgabe 31

Zur Information

Terminkalender 33

17. Juni 2014/bgv17

Hamburger Know-how für hohe Trinkwasserhygienestandards auf Kreuzfahrtschiffen

Experte des ZfAM als Ausbilder bei internationaler Tagung in Athen

Vom 18. bis 20. Juni findet in Athen im Rahmen des EU-Projektes SHIPSAN ACT zum ersten Mal ein speziell auf den Bedarf von Kreuzfahrtschiffen zugeschnittenes Trainingsprogramm zur Trinkwasserhygiene statt. Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM), eine Einrichtung der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz und Deutschlands älteste zivile Forschungseinrichtung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin, ist langjähriger Partner im SHIPSAN-Projekt. Der Hamburger Experte für Trinkwasserhygiene auf Schiffen und Mitarbeiter des ZfAM, Dipl.-Ing. Christoph Sevenich, wird als Ausbilder an der Veranstaltung teilnehmen.

Über zwanzig Experten aus den europäischen Mitgliedsstaaten sowie den USA treffen in Griechenland mit Kapitänen, Chefsingenieuren, Hygienebeauftragten und Hotelmanagern der großen Kreuzfahrtunternehmen zusammen und beraten unter anderem moderne Techniken der Trinkwasseraufbereitung und die Koordinierung von Maßnahmen bei Notfällen. Dipl.-Ing. Sevenich (37), der bereits mehrere Jahre als technischer Berater für die Weltgesundheitsorganisation tätig und an der Gestaltung vieler nationaler Standards für die Gesundheit auf See beteiligt war, ist einer der wenigen deutschen Spezialisten für die Wasserhygiene auf Schiffen.

„Es ist eine Auszeichnung und Wertschätzung für Hamburg und das ZfAM, dass unser Know-how und die Expertise unserer Mitarbeiter in Sachen Trinkwasserhygiene auf Schiffen international gefragt sind“, so **Universitätsprofessor Dr. Volker Harth, Leiter des ZfAM**. „Damit können wir Einfluss nehmen auf die Gesundheit vieler Menschen, denn die Menge an Trinkwasser, die an Bord von Kreuzfahrtschiffen benötigt wird, ist enorm.“ Alleine für den normalen Konsum, wie Duschen oder Zähneputzen, werden auf einem großen Schiff täglich über tausend Tonnen sauberen Trinkwassers benötigt – ohne dass der Bedarf für Wellness-Angebote oder Wasser-Themenparks berücksichtigt wäre.

Ein Teil der Wassermengen wird von den Schiffen in ausgewählten Häfen per Schlauchleitung übernommen. Da damit aber der Bedarf nicht vollständig gedeckt werden kann, gibt es an Bord der Kreuzfahrtschiffe im Regelfall Meerwasserentsalzungsanlagen, mit denen während der Reise Trinkwassers hergestellt werden kann. Damit die Versorgung an Bord einwandfrei funktioniert und Passagieren sowie der Besatzung immer sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht, achten die Reedereien auf die Einhaltung der hohen internationalen Hygienestandards. So wird Trinkwasser an Bord von Kreuzfahrtschiffen beispielsweise aus Sicherheitsgründen immer zusätzlich mit Chlor behandelt und ist bei Einhaltung aller geforderten Standards bedenkenlos als Trinkwasser nutzbar. Um dies zu gewährleisten werden die Reedereien zusätzlich zu den regelmäßigen schiffsinternen

Untersuchungen der Wasserqualität auch durch die Hafenzärztlichen Dienste der Gesundheitsbehörden und unabhängige Labore von Land aus unterstützt.

Für den Hintergrund

Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) ist eine Einrichtung der Hamburger Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz und des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf. Es ist mit der Arbeitsgruppe Schifffahrtsmedizin die älteste zivile Forschungseinrichtung auf diesem Gebiet in Deutschland und das weltweit einzige WHO Collaborating Center for the Health of Seafarers sowie langjähriger Projektpartner des SHIPSAN Projekts.

Die „EU SHIPSAN ACT Joint Action“ ist ein von der europäischen Kommission finanziertes Projekt an dem 30 Partner aus 23 europäischen Ländern teilnehmen. Das Projekt beschäftigt sich mit Gesundheitsgefahren im Bereich der internationalen Schifffahrt, die durch biologische, chemische und radiologische Stoffe einschließlich infektiöser Erkrankungen entstehen. Unter anderem wurde im Rahmen des SHIPSAN-Projekts mit Beteiligung von Gesundheitsbehörden und Kreuzfahrtunternehmen ein umfangreicher Hygienestandard für Kreuzfahrtschiffe entwickelt. Weitere Informationen stehen unter <http://www.shipsan.eu/> zur Verfügung.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bqv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bqv

20. Juni 2014/bgv20

Den Sommer ohne Risiko genießen

Tipps für die Sommerzeit - Vorbeugen gegen Sonne und Hitze

Der Sommer beginnt – und mit ihm auch die Vorfreude auf (hoffentlich) viele warme Sonnentage in Hamburg. Bei aller Freude darüber sollten einige Regeln zum Schutz vor Hitze und UV-Strahlen beachtet werden, um gesundheitliche Beeinträchtigungen auch bei sommerlichen Temperaturen und strahlendem Sonnenschein zu vermeiden. Dafür hat die Gesundheitsbehörde Tipps und Informationen zusammengestellt, Kindertagesstätten angeschrieben und Empfehlungen für einen gesunden Umgang mit Hitze verschickt. Mit dem richtigen Schutz lässt sich das schöne Wetter, egal ob Zuhause oder auf Reisen, besser genießen.

Während gesunde Erwachsene auch längere Hitzeperioden durch ausreichende Flüssigkeits- und Nahrungsaufnahme zumeist gut bewältigen können, bestehen insbesondere für ältere und kranke Menschen sowie für Kinder gesundheitliche Risiken. Je jünger ein Kind ist, desto empfindlicher reagiert es auf Hitze und Sonne. Und umso größer sind die Gefahren eines Hitzeschlages, Sonnenbrandes oder von Flüssigkeitsmangel. Meistens reicht es jedoch aus, einige einfache Regeln zu beachten und das Verhalten den Temperaturen anzupassen.

- Setzen Sie sich bei starker Hitze nicht ungeschützt der Mittagssonne aus.
- Lassen Sie bei höheren Temperaturen niemals Kinder, ältere Menschen oder Haustiere alleine im Auto zurück. Bereits innerhalb kurzer Zeit – etwa während eines Einkaufs – kann die Temperatur im aufgeheizten Fahrzeug zur gefährlichen Falle für die Wartenden werden.
- Nutzen Sie Sonnenschutzmittel. Der Lichtschutzfaktor informiert darüber, wie stark welches Produkt vor UV-Strahlen schützt. Empfehlenswert ist eine wasserfeste Sonnencreme, die dem Hauttyp entspricht. Vergessen Sie nicht das Nachcremen.
- Kinderhaut reagiert sehr empfindlich auf Sonnenstrahlen und braucht daher besonders guten Schutz. Säuglinge und Kleinkinder sollten der direkten Sonne möglichst gar nicht ausgesetzt werden.
- Ein sehr guter Schutz vor Sonnenstrahlen und Hitze ist angepasste, möglichst weite und lange Kleidung. Sonnenhüte und Sonnenbrillen helfen die Haut und die Augen zu schützen.
- Trinken Sie ausreichend und gleichmäßig über den Tag verteilt alkoholfreie Getränke wie beispielsweise Wasser, kalten Tee oder Saftschorlen.

Diese und weitere Informationen hat die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) in Merkblättern zusammengefasst, die unter <http://www.hamburg.de/gesundheit> im Internet abgerufen werden können. Die Hinweise richten sich auch an Personen, die sich um einen kranken oder pflegebedürftigen Menschen kümmern und an Menschen mit kleinen Kindern.

Weitere Informationen zum Thema Sonnenschutz bzw. zur richtigen Nutzung von Solarien bietet auch die Internetseite <http://www.hamburg.de/sonnenbaden> der BGV.

Tagesaktuelle Informationen, ob und wann in Hamburg große Hitze zu erwarten ist, veröffentlicht der Deutsche Wetterdienst unter www.dwd.de.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

20. Juni 2014/bgv20a

„Recht so! Ihre Rechte als Kunde“

Neue Broschüre der Verbraucherschutzbehörde

Probleme beim Onlinekauf, unerlaubte Telefonwerbung oder Mängel bei der Urlaubsreise: Verbraucherinnen und Verbraucher werden im Alltag mit den unterschiedlichsten Problemen konfrontiert. Über das, was Betroffene in solchen Situationen tun können und worauf jeder im Vorfeld von Vertragsabschlüssen achten sollte, informiert jetzt eine neue Broschüre der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV).

„Wir wollen interessierten Verbraucherinnen und Verbrauchern mit dieser Broschüre einen Ratgeber zur Verfügung zu stellen, mit dem sich viele der im Alltag auftauchenden Fragen besser beantworten lassen“, sagt **Verbraucherschutzsenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Nicht nur bei Mängeln, sondern beispielsweise auch bei fristgerechten Rücksendungen ist es von Vorteil, seine Rechte und auch Pflichten als Verbraucher zu kennen.“

Im Mittelpunkt der Publikation „Recht so! Ihre Rechte als Kunde“ stehen Verbraucherrechte beim Einkauf: Von Gewährleistungsrechten über Fragen zu Garantie und Umtausch bis hin zu Gewinnspielen oder Kundenkarten werden zahlreiche Themen dargestellt. Der Ratgeber geht dabei speziell auf die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf im Internet ein. Weitere Themen sind Tipps und Hinweise zu Kundenrechten bei Reisen, Verkehr, Finanzen und Versicherungen. Aktuelle Neuerungen, die das seit dem 13. Juni geltende Umsetzungsgesetz der EU-Verbraucherrechterichtlinie mit sich bringt, werden in der Broschüre bereits berücksichtigt.

Die Publikation „Recht so! Ihre Rechte als Kunde“ steht ab sofort online unter Adresse <http://www.hamburg.de/bgv/veroeffentlichungen/> zur Verfügung und ist per E-Mail unter publikationen@bgv.hamburg.de bzw. telefonisch unter 040-428 37-2368 zu bestellen.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

20.06.2014/fb20

Warnung vor betrügerischen Telefonanrufen

Die Finanzbehörde - Kasse.Hamburg/Forderungsmanagement warnt vor betrügerischen Telefonanrufen, bei denen sich die Anrufer als Behördenbedienstete ausgeben und zur Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen die Überweisung von zum Teil hohen Geldbeträgen fordern.

Folgende Vorgehensweise ist bislang bekannt:

Die Anrufer bezeichnen sich als Bedienstete der „Vollstreckungskasse Hamburg“ bzw. des „Vollstreckungsamts Hamburg“ und behaupten z.B., dass Forderungen gegen die angerufenen Personen bestünden. Die konkreten Gründe für die vermeintlichen Forderungen können im Einzelfall natürlich unterschiedlich sein.

Einheitlich ist bei den Anrufen allerdings, dass die Angerufenen in forderndem oder sogar aggressivem Ton aufgefordert werden, zur Vermeidung von Vollstreckungsmaßnahmen mehrere hundert bis Tausend Euro zu überweisen.

Am 18.06.2014 erhielt die Kasse.Hamburg kurz hintereinander gleich von zwei entsprechenden Anrufen Kenntnis. So wurde eine in Rostock wohnhafte Familie von einer Hamburger Telefonnummer angerufen und zur Zahlung von mehreren Tausend Euro aufgefordert.

Die Finanzbehörde weist darauf hin, dass die für die Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen zuständige Kasse.Hamburg derartige Anrufe nicht tätigt. Vollstreckungshandlungen werden schriftlich angekündigt (durch die sog. Vollstreckungsankündigung) und durchgeführt oder von Vollziehungsbeamten im Außendienst wahrgenommen, die sich auf Verlangen auch entsprechend ausweisen können.

Aus der Vollstreckungsankündigung ist ersichtlich, welche Dienststelle tätig wird, wer Ansprechpartner unter welcher Telefonnummer oder eMail-Adresse ist und wer überhaupt warum eine Forderung geltend macht.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

19. Juni 2014/bsb19

Senator Rabe stellt Hamburg Ferienpass 2014 vor

Rund 600 Veranstaltungen mit über 10.000 Terminen für Kinder und Jugendliche in den Sommer- und Herbstferien

Schulsenator Ties Rabe hat den neuen Hamburg Ferienpass vorgestellt: „Ich freue mich, dass über 300 Veranstalter mehr als 10.000 interessante und vielfältige Angebote für Hamburgs Kinder und Jugendliche machen. Der Ferienpass mit der Ferienzeitung bietet für die Sommer- und Herbstferien eine gute Orientierung“.

Wie immer pünktlich vor den Sommerferien erstellt das Jugendinformationszentrum (JIZ) den aktuellen Ferienpass mit der großen Ferienzeitung und dem vielfältigen Programm für die Sommer- und Herbstferien. Der Hamburger Ferienpass wendet sich an Kinder und Jugendliche und bietet all jenen, die ihre Ferien in Hamburg verbringen oder nur kurz verreisen, eine bunte Palette unterschiedlicher Angebote.

Auf 128 Seiten präsentieren Jan und Jette, die beiden Maskottchen des Ferienpasses, in diesem Jahr wieder viele spannende Ferienaktionen. Ob Kultur, Natur und Umwelt, Spiel, Sport und Abenteuer, Computer und Experimente - Jan und Jette haben für alle unternehmungslustigen Mädchen und Jungen, aber auch für die ganze Familie wieder ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt.

Rund 300 Anbieter mit weit über 600 Veranstaltungen und über 10.000 Terminen unterstützen den Ferienpass in diesem Jahr. Wie immer sind alle Veranstaltungen vergünstigt oder sogar kostenlos oder ganz exklusiv für den Ferienpass entwickelt worden. Besonders günstige und kostenlose Angebote sind mit einem Sparschwein gekennzeichnet und Veranstaltungen, die in den Herbstferien stattfinden mit einem Herbstblatt. Das kleine handliche Format der Ferienpasszeitung ist gut handhabbar und soll ein ständiger Begleiter während der Ferien sein.

Der Hamburger Ferienpass wird kostenlos abgegeben und erscheint in einer Auflage von 220.000 Exemplaren. Er wird nicht nur in den Schulen verteilt, sondern liegt auch in den Jugendämtern, Kundenzentren, Öffentlichen Bücherhallen, allen Hamburger Filialen von Budnikowsky, allen Filialen der Buchhandlung Heymann sowie im Jugendinformationszentrum zur Mitnahme bereit.

Die Ferienpasszeitung bietet einen umfassenden Überblick über Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche in und um Hamburg und ist damit auch ein nützliches Adressverzeichnis für das ganze Jahr.

Alle Veranstaltungen sind rabattiert. Es sei denn, es sind für den Ferienpass exklusiv entwickelte Programme. Das JIZ achtet sehr auf die Ermäßigungen und verhandelt in einzelnen Fällen die Preise nach. Es achtet auf eine sozial ausgewogene Mischung von kostenlosen, kostengünstigen und kostenintensiven Angeboten. Die kostenintensiven zeichnen sich aus durch mehrtätige, personal- und materialintensive sowie mehrtägiger Angebote.

Unter www.hamburg.de/ferienpass steht der Ferienpass als Online-Ausgabe mit aktuellen Ergänzungen und vielfältigen Suchfunktionen zum Download, ebenso wie die Ferienpasskarte zum Ausschneiden für die Hosentasche unter www.jiz.de/ferienpasskarte.

Jugendinformationszentrum (JIZ)

Das Jugendinformationszentrum versteht sich als Serviceagentur für junge Leute, bietet kostenlose Informationsbroschüren und Adressen zu kinder- und jugendrelevanten Themengebieten wie zu Beispiel Freiwilligendienste, Auslandsaufenthalte, Wohnen, Gesundheit, Umwelt, Reisen, Freizeit, Medien und Kultur.

Zum JIZ gehören die Fachberatung Medien - sie ist Ansprechpartner in allen Medienfragen und Angelegenheiten des gesetzlichen Jugendschutzes - und der Kulturring der Jugend, der Schulklassen und Jugendgruppen ermäßigte Tickets für Theater und Oper vermittelt. Das JIZ betreibt auch das Kindernetz: Unter dem Motto "Langeweile gibt's woanders – das volle Programm gibt's hier" finden Eltern und Kinder Infos und Tipps zu allen Kultur- und Freizeitbereichen. Und auf dem Jugendserver bietet das JIZ neben einer umfassenden Adress-Datenbank aktuelle Informationen.

Internet: www.jiz.de

Rückfragen/Bestellungen Ferienpass

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Jugendinformationszentrum (JIZ) Hamburg, Maren Winzer, Tel.: 040-428 23 48 30, Michael Conrad, Tel.: 040-428 23 48 21 und Frauke Wiegmann, Tel.: 040-428 23 48 29.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB)

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: Peter.Albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

19. Juni 2014/bsb19a

Beim Verzicht aufs Rauchen sind Hamburgs Schülerinnen und Schüler top!

Bundeswettbewerb „Be smart – don´t start“: Hamburg auf Platz 1

Auf die Zigarette verzichten oder am besten gar nicht erst mit dem Rauchen anfangen: Wenn es darum geht, sind Hamburgs Schülerinnen und Schüler ganz weit vorne mit dabei! Das zeigt das Ergebnis im Bundeswettbewerb „Be smart – don´t start“: In Hamburg beteiligten sich 457 Schulklassen am diesjährigen Wettbewerb – mit 23,6 Prozent bundesweiter Spitzenwert! Sechs Monate durchgehalten haben 81,84 Prozent – damit belegt Hamburg hauchdünn den zweiten Platz hinter Schleswig-Holstein (82,24 Prozent).

Bildungssenator Ties Rabe: „Wer cool sein will, greift zur Zigarette. Das eine hat mit dem anderen aber gar nichts zu tun. Man muss nicht rauchen, um cool zu sein. Ich freue mich, dass so viele Schülerinnen und Schüler das einsehen und das Rauchen einstellen oder gar nicht erst damit anfangen.“

Im Wettbewerb „Be smart – don´t start“ geht es nicht nur darum, für eine bestimmte Zeit auf Nikotin zu verzichten. Die Jugendlichen mussten sich auch mit dem Thema Rauchen beschäftigen und Ideen entwickeln, wie man dem blauen Dunst den Kampf ansagen könnte. So entstanden zahlreiche kreative Beiträge – vom Plakat über Theaterstücke über Kurzfilme bis hin zu Musikvideos und Radiosendungen. 13 von rund 30 Kreativbeiträgen wurden nun ausgezeichnet – rund 900 Schülerinnen und Schüler erhielten im großen Saal 1 des CinemaxX Dammtor Preise und Urkunden.

Senator Rabe: „Bei den vielen guten Ideen der Schülerinnen und Schüler ging es nicht um den erhobenen Zeigefinger. Die Szenen, Bilder und Musikstücke zeigen, dass sich die Kinder und Jugendlichen intensiv mit der Frage auseinandergesetzt haben, wie man Lust aufs Nichtrauchen bekommt.“

Doppelsieg für Hamburg

Ein Ländervergleich belegt dabei, dass die Hansestadt Hamburg in dem deutschlandweit durchgeführten Wettbewerb das erfolgreichste Bundesland ist. Dies hat eine aktuelle Datenauswertung des Instituts für Therapie- und Gesundheitsforschung in Kiel (IFT Nord) gezeigt: Während demnach bundesweit im Durchschnitt 9,6 Prozent aller Schulklassen im Wettbewerb mitmachen, liegt der Prozentsatz in der Hansestadt Hamburg bei dem Spitzenwert von 23,6 Prozent. Und auch bei der Quote der Siegerklassen liegt Hamburg mit seinen 81,84 Prozent weit vorn – knapp überholt von Schleswig-Holstein (82,24 Prozent); der Durchschnitt aller Bundesländer lag bei 75 Prozent.

Unter den 374 Siegerklassen hat das Hamburger SuchtPräventionsZentrum 60 Preise verlost, die vor allem von Hamburger Sponsoren gestiftet wurden, darunter vor allem Klasseneintrittskarten für viele Hamburger Sportereignisse, Freizeitattraktionen, Theater- und Kinovorstellungen.

Die Gewinner der Hamburger Kreativpreise

Schule	Klasse	Kreativbeitrag
Ida-Ehre-Schule	7f	Theaterszenen zum Thema Rauchen
Gymnasium Eppendorf	7a	Musikvideo „Don't Smoke“
Gymnasium Allee	7d	Radiobeitrag u.a zum Thema Rauchen
Stadteilschule Süderelbe	6d	Kurzfilm „Masken“
Otto-Hahn-Schule	7g	Film
Hansa-Gymnasium	7bz	Film: „Nichtrauchershow“
Gymnasium Rissen	6a	Film: „Tagesthemen“ zum Rauchen
Walddörfer Gymnasium	6c	Website inkl. Song „Rauchen ist ja so schlimm“ und Film „Rauchen ist uncool“
Otto-Hahn-Schule	8g	Rudiosendung gegen das Rauchen
Stadteilschule Walddörfer	6f	Musikvideo „Nichtrauchen ist cool“
Luisen-Gymnasium Bergedorf	6e	„Be smart – don't start“-Aktionstag, Info-Flyer und Interviews
Stadteilschule Mümmelmannsberg	10e	Infostand zu „Be smart – don't start“
Schule Schwarzenbergstraße	7/8	Plakate: „Be cool“

Wie in den Vorjahren wurden zudem zwei Landeshauptpreise von der AOK Rheinland/Hamburg vergeben: Der erste Preis im Wert von 3.000 Euro für eine Klassenfahrt ging an die Klasse 6d der Stadteilschule Süderelbe, der zweite Preis im Wert von 1.000 Euro für einen Klassenausflug heimst die Klasse 7mu von der Goethe Schule Harburg ein. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern herausragend große Anzahl und Vielfalt an Preisen trägt zur Attraktivität des Wettbewerbs bei und stärkt den Durchhaltewillen der Hamburger Schülerinnen und Schüler.

Rauchen immer unbeliebter

Dass Rauchen inzwischen als uncool gilt, zeigt auch das aktuelle Ergebnis einer Repräsentativbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung aus dem Jahr 2013: Die Zahl rauchender Jugendlicher ist auf einem historischen Tiefpunkt angekommen. Nur noch knapp 13 Prozent der 12- bis 17-Jährigen greifen zur Zigarette. Damit hat sich ihr Anteil von 28 Prozent im Jahr 2001 bis heute mehr als halbiert.

Der Wettbewerb

Der Wettbewerb „Be smart – don't start“ ist ein bundesweites Präventionsprojekt. Das Institut für Therapie- und Gesundheitsforschung (IFT-Nord) in Kiel ist Ausrichter des Wettbewerbs. „Be smart – don't start“ wird in Hamburg vom SuchtPräventionsZentrum des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung organisiert. Kooperationspartner in Hamburg ist die AOK Rheinland/Hamburg, die seit Jahren die Landeshauptpreise sponsert.

Der Wettbewerb wird gefördert durch die Deutsche Krebshilfe e.V., die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die Deutsche Herzstiftung, die AOK, die Deutsche Lungenstiftung sowie durch weitere öffentliche und private Institutionen.

Rückfragen:

Behörde für Schule und Berufsbildung, Pressestelle

Thomas Bressau, Tel. (040) 428 63 – 2005, E-Mail thomas.bressau@bsb.hamburg.de

AOK Rheinland/Hamburg – Regionaldirektion Hamburg

Antje Meyer, Pressestelle, Tel. (040) 20 23 – 14 01, E-Mail antje.meyer@rh.aok.de

19. Juni 2014 /bsu19

Ausgezeichnete Bildungsarbeit für Nachhaltigkeit

Umweltstaatsrat Holger Lange ehrt zehn vorbildliche Akteure

Erstmals in Hamburg vergab Umweltstaatsrat Holger Lange heute das NUN-Zertifikat „norddeutsch und nachhaltig“ im Bereich außerschulische Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die zehn Ausgezeichneten sind: das Gut Karlshöhe, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Landesverband Hamburg, die S.O.F. Save Our Future - Umweltstiftung, die Naturschutzinformationshäuser der Loki Schmidt Stiftung, die Bildungswerkstatt für Natur und Umwelt (BINU) sowie vier Einzel-Expertinnen für Bildung im Bereich Nachhaltigkeit. NUN steht für „Norddeutsche Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“, ein Bündnis der norddeutschen Bundesländer zu eben diesem Zweck.

Das NUN-Zertifikat zeichnet Einrichtungen aus, die konsequent und umfassend Themen wie Klimawandel, Ernährung, Biodiversität und Gerechtigkeit aufgreifen. Staatsrat Lange: „Die Personen und Einrichtungen, die hinter dieser Bildungsarbeit stehen, leisten mit ihren pädagogisch und inhaltlich überzeugenden Bildungsangeboten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Hamburg.“

Über die Zertifizierung hatte zuvor eine Kommission auf Grundlage der NUN-Kriterien entschieden: Anforderungen an ein Leitbild, das pädagogische Konzept, die Qualifikation der pädagogisch Tätigen, die Öffentlichkeitsarbeit, die Organisation und die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen. Antragsteller für die NUN-Zertifizierung konnten für die Erfüllung dieser Anforderungen vorher workshops besuchen und sich im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weiter qualifizieren. Finanziell gefördert wird die Umsetzung des Qualitätsentwicklungsprozesses und der NUN-Zertifizierung durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Weitere Informationen zum Zertifizierungsverfahren und zu den zehn NUN-zertifizierten Bildungseinrichtungen unter: <http://www.hamburg.de/nun-zertifizierung>

Kontakt: S.O.F. Save Our Future – Umweltstiftung, Ulrike Kusel, 040-2263277-64, kusel@save-our-future.de/Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, Volker Dumann, 040-428.45-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de.



16.06.2014/bwvi16

Ausbau A7

Erster Spatenstich zum Neubau der Langenfelder Brücke

Enak Ferlemann, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Frank Horch, Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation in Hamburg und Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie in Schleswig Holstein haben heute mit dem ersten Spatenstich zum Neubau der Langenfelder Brücke den Ausbau der A 7 zwischen Hamburg-Othmarschen und dem Bordesholmer Dreieck offiziell gestartet.

Enak Ferlemann: „Der Bund investiert für die Erneuerung und den gleichzeitigen Ausbau der Langenfelder Brücke rund 80 Millionen Euro. Das ist gut angelegtes Geld. Seit letztem Jahr laufen bauvorbereitende Arbeiten unter der Langenfelder Brücke und an den Bahnanlagen. Die Verlegung des Verkehrs auf die Richtungsfahrbahn Hannover ist erforderlich, um mit dem Abriss der östlichen Brückenhälfte beginnen zu können.“

Frank Horch: „Mit der Finanzierungszusage des Bundes kann mit dem ersten Teilstück des A 7-Ausbaus begonnen werden. Wo die Autobahn heute noch eine Schneise zwischen den Stadtteilen bildet, werden wir in Zukunft verbindende Grünflächen, Parks und Kleingärten haben. Das bedeutet mehr Lebensqualität für viele Hamburgerinnen und Hamburger.“

Reinhard Meyer: „Wer eine moderne Infrastruktur haben will, der muss sie in Schuss halten. Genau das tun wir mit der heute beginnenden Großbaustelle A 7. Die jüngst vom Bund vorgelegten Verkehrsprognosen zeigen deutlich, dass wir im Norden in den kommenden Jahren ein überdurchschnittlich steigendes Güterverkehrsaufkommen haben werden – dafür müssen wir uns rüsten, auch wenn das für alle Verkehrsteilnehmer mit Einschränkungen verbunden sein wird. Für die anstehenden Geduldprobe bitten wir schon heute um Verständnis.“

Dirk Brandenburger, Geschäftsführer der Projektmanagementgesellschaft DEGES: „Alle Beteiligten wollen mit gutem Verkehrsmanagement zur Lenkung und Führung des Verkehrs beitragen und mit aktuellen Verkehrsinformationen während der unterschiedlichen Bauphasen die Mobilität im

Hamburger Westen in den nächsten Jahren verträglich für den Nah- und Fernverkehr und die angrenzenden Stadträume gestalten.“

Der Abbruch und anschließende Neubau der Langenfelder Brücke ist Bestandteil eines der größten Infrastrukturprojekte in Deutschland. Neben der 8- bzw. 6-streifigen Erweiterung der A7 werden auch drei Lärmschutztunnel in Schnelsen, Stellingen und Altona zum Schutz der Anwohner vor Lärm und Abgasen realisiert.

Der Neubau der Langenfelder Brücke erfolgt unter laufendem Verkehr auf der A7 und der Bahnstrecke. Die Baustellenlogistik und der Bau selbst sind daher sehr anspruchsvoll. Für die Autofahrer ist während des Neubaus wesentlich, dass die Anzahl der vorhandenen durchgehenden Fahrstreifen nicht reduziert wird. So können die Beeinträchtigungen minimiert werden. Die A1 im Osten Hamburgs ist die für den Fernverkehr vorgesehene Entlastungsstrecke für große Teile des Nord-Süd-Fernverkehrs im Bereich der Hansestadt.

Ferlemann: „Leistungsfähige Verkehrswege sind Grundlage für Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Sie erhöhen die Mobilität, schaffen Arbeitsplätze und sichern die Wettbewerbsfähigkeit. Deswegen investieren wir in die Langenfelder Brücke.“

Im Vorfeld des offiziellen Baubeginns gab es bereits vorbereitende Maßnahmen, unter anderem eine Verstärkung der Stützpfeiler und die Verstärkung der Standstreifen der alten Brücke. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, den Verkehr beider Fahrtrichtungen mit 6 Fahrstreifen über die westliche Brückenhälfte zu führen, während die östliche Seite abgerissen und neu gebaut wird.

Über das Gesamtprojekt Ausbau A7 informieren die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt unter

www.hamburg.de/a7-deckel .

Auf dem Foto Anlage 1(Quelle BWVI) von links:

Senator Frank Horch

Staatssekretär Enak Ferlemann

Minister Reinhard Meyer

Dirk Brandenburger

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Helma Krstanoski

Tel.: 040 42841 – 1326 oder 2239

e-mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

www.hamburg.de/bwvi

16. Juni 2014/bwvi16a

2. Verkehrsdialog

Senator Horch berät mit Kammern, Verbänden und Unternehmen

Mehr als 20 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Institutionen und Unternehmen sind der Einladung von Senator Frank Horch zum 2. Verkehrsdialog in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gefolgt. Ziel der am 8. April 2014 gestarteten Gesprächsreihe ist es, Verbesserungen zur Verringerung der Belastungen durch Baustellen insbesondere für die Hafenverkehre zu identifizieren und umzusetzen.

Senator Frank Horch: „Erste konkrete Maßnahmen zeigen, dass der Austausch gut und wichtig ist und sich bereits jetzt lohnt. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Umsetzung von Maßnahmen nicht immer im Einflussbereich der Stadt liegt. Hier sind auch Unternehmen gefragt, Lösungen anzubieten.“

Ein Vorschlag aus dem ersten Gespräch wurde bereits realisiert. Auf der BAB 7 an der Anschlussstelle Moorburg hat der Landesbetrieb Straßen, Brücken, Gewässer den Verzögerungstreifen in Richtung Bremen/ Hannover um 200 Meter verlängert, weil es hier zu einer stark gestiegenen Anzahl von Abfahrten gekommen ist. Das entspannt die Verkehrslage im Ausfahrtbereich und führt dazu, dass es zu weniger Rückstaus auf die Autobahn kommt.

Als weiterer Schritt zu einer effizienten Verkehrsführung wurde am 23.4.2014 in Rade die erste DIVA-Anzeige Tafel außerhalb des Hafengebietes in Betrieb genommen. Dadurch ist eine frühzeitige Information über die aktuelle Verkehrslage im Hafen möglich.

Die Webseite www.hafen-hamburg.de/depots wurde eingerichtet, um Informationen über Leercontainerdepots und deren Services bereitzustellen. Hier kann über Links zu Webcams die aktuelle verkehrliche Situation vor den Depots betrachtet werden. Zudem liegt jetzt ein Leitfaden zur verbesserten LKW-Abfertigung im Leercontainerdepot vor.

In der Prüfung, Planung oder Vorbereitung sind seitens der Stadt aktuell außerdem folgende Projekte:

Das Informationskonzept zum A7 – Ausbau wird weiter umgesetzt:

Auf einer dynamischen Informationsplattform werden sämtliche relevanten Daten und Fakten gebündelt und an strategische Partner, die Öffentlichkeit und Verkehrsteilnehmer über alle Medien geliefert. So soll ein Klima geschaffen werden, das die Mobilität im Hamburger Westen in den

nächsten Jahren verträglich für den Nah- und Fernverkehr sowie die angrenzenden Stadträume gestaltet. Die Internetseite www.hamburg.de/a7-Deckel/ hält bereits jetzt umfassende Informationen rund um das Projekt, aber auch die aktuelle Verkehrslage auf der A 7 bereit. Vor wenigen Tagen wurde das „Deckelmobil“ als rollender Info-Point vorgestellt. Hier sind alle Informationen zum Projekt als Flyer, Präsentation oder im persönlichen Gespräch abrufbar

Städtische Dienststellen und Unternehmen werden prüfen, ob der Einsatz ihrer zum Teil großen Fahrzeugflotten im Zuge ihrer Aufgaben weiter optimiert werden kann.

Hamburg hat zum bundesweiten Feldversuch Lang-LKW dem Bundesministerium weitere Strecken außerhalb des Hafengebietes gemeldet. Die neue Ausnahmeverordnung des Bundes wird in Kürze erlassen, sodass dann diese Strecken in Hamburg mit Lang-LKW befahren werden können. Dadurch kann sich die Anzahl der LKW-Fahrten insgesamt reduzieren.

Als Alternative zum westlichen Anschluss des Hafens wird im Bereich der ehemaligen Zollstation Veddel ein leistungsfähiger, vierspuriger Anschluss an die Haupthafenroute entstehen. Die Detailplanungen haben bereits begonnen, die Baumaßnahmen werden voraussichtlich im Frühjahr 2016 starten und 2017 abgeschlossen.

Als Teilprojekt von smartPORT wird der Autohof Moorfleet im Rahmen eines Pilotprojekts zum PreGate Parkplatz ausgestattet. Dadurch können 30% mehr Fahrzeuge parken. Von hier aus kann die Terminalvoranmeldung erfolgen. Disponenten und Trucker werden in Echtzeit über verschiedene Medien über die aktuelle Belegungssituation des Parkplatzes informiert. Fertigstellung ist zum 2. Quartal 2015 geplant.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-1326 oder -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf [Twitter: @HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

hpa19

HPA weiht neue Nautische Zentrale ein

Hamburg, 19. Juni 2014 – Nach zweijähriger Bauzeit hat die Hamburg Port Authority (HPA) die Arbeiten an der neuen Nautische Zentrale am Bubendeyufer abgeschlossen. Wirtschaftssenator Frank Horch, Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hamburg Port Authority (HPA), und Hafenskapitän Jörg Pollmann weihten den Neubau offiziell ein. Neben mehr als einhundert Gästen schaute auch der Hybridschlepper EDDY, einer der modernsten seiner Art, anlässlich der Einweihungsfeier vorbei.

„Ein deutlich gestiegenes Verkehrsaufkommen mit immer größeren Containerschiffen und die zukunftsorientierte Entwicklung zum wettbewerbsfähigen Hafen der Zukunft haben die Weiterentwicklung nach technischen, raumplanerischen und energetischen Gesichtspunkten notwendig gemacht. Die Nautische Zentrale der HPA ist ein Kernstück des Hamburger Hafens. Vom Containerschiff bis zur Jolle – der nautischen Zentrale und ihren Mitarbeitern entgeht im Hamburger Hafen nichts“, sagt Wirtschaftssenator Frank Horch.

Im Rahmen des Neubaus wurde das Gebäude von Januar 2012 bis Juni 2014 erweitert, die technische Ausstattung modernisiert und speziell für die Anforderungen der Nautiker ergänzt.

„Von einer der modernsten Verkehrszentralen der Welt aus wird in der Nautischen Zentrale der gesamte Schiffsverkehr im Hamburger Hafen überwacht und koordiniert. Gleichzeitig ist die Nautische Zentrale eines der zentralen Elemente auf unserem Weg, die Vision vom smartPORT Realität werden zu lassen“, sagt Jens Meier, Vorsitzender der Geschäftsführung der HPA.

Ziel war zudem, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem Menschen und Technik effizient und flexibel operieren können. In Zusammenarbeit mit der Universität Hamburg und dem Hamburger Technologie-Center untersuchte die HPA vor Baubeginn die Arbeitsprozesse und technischen Systeme der Nautischen Zentrale. Die Ergebnisse bildeten die Basis für die räumliche und technische Neuorientierung.

„Mit der neuen Nautischen Zentrale sind wir nun sehr gut aufgestellt, um auch in Zukunft die Schiffsverkehre im Hamburger Hafen effizient und sicher abzuwickeln. Zudem konnten wir auch die Arbeitsbedingungen für die Kollegen wesentlich verbessern“, sagt Hafenskapitän Jörg Pollmann.

Technische Neuerungen

Ein großer Teil der technischen Hilfsmittel in der Nautischen Zentrale wurde speziell für die Bedürfnisse der Nautiker entwickelt. Die neue Nautische Zentrale verfügt über hoch technisierte Arbeitsplätze und moderne Anlagen auf dem neuesten Stand. Unter anderem kommt in der Nautischen Zentrale eine Großbildanzeige zur hochauflösenden Darstellung nautischer Informationen mit Schnittstelle zu sämtlichen nautischen Arbeitsplätzen zum Einsatz, in welche Daten aus der Leitstandssoftware Port Monitor einfließen.

Wegweisende Energietechnik

Ein Eisspeicher mit Wärmepumpe sorgt auf dem Seemannshöft für effiziente Abwärmenutzung. Unterirdische Wasserleitungen nehmen die überschüssige Wärmeenergie auf, durch die relativ

konstante Umgebungstemperatur der Erde kann sie dort knapp über dem Gefrierpunkt gespeichert und mit Beginn der Heizperiode wieder dem Heizsystem zugeführt werden. Wird dem Eisspeicher auf diese Weise Wärmeenergie entzogen, gefriert die Flüssigkeit in den Wasserleitungen. Dabei wird Kristallisationsenergie frei, die zur Kühlung der Technik in der Nautischen Zentrale verwendet wird.

Über die Nautische Zentrale

Die Nautische Zentrale auf dem Seemannshöft wurde von 1975 bis 1977 inklusive der Radarzentrale östlich des Lotsenhauses auf dem Seemannshöft gebaut. Sie ist eine Außenstelle des Oberhafenamts und für die Überwachung sowie die Regelung des Schiffsverkehrs im Hafengebiet zuständig. Jeweils fünf Nautiker sind rund um die Uhr im Einsatz, um mit modernster Verkehrsleittechnik den reibungslosen Verkehrsfluss auf den Wasserstraßen zu sichern. Für die Zeit des Umbaus war die Nautische Zentrale in der Nautischen Notzentrale am Veddel Dam untergebracht.

Hamburg Port Authority

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafenspezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

www.hamburg-port-authority.de

Pressekontakt: HPA Hamburg Port Authority | Pressestelle | Tel.: +49 40 42847-2300 | pressestelle@hpa.hamburg.de

17. Juni 2014/jb17

Neues Gleichstellungsgesetz für Hamburg: „Gleichstellung ist ein Gewinn für alle“

Senat will im öffentlichen Dienst mehr Frauen in Führungs- und Spitzenfunktionen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Senat setzt sich weiter für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der öffentlichen Verwaltung ein. Er hat heute den Entwurf des Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst beschlossen und der Hamburgischen Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet. Wichtige Ziele für den Senat sind mehr Frauen in Führungs- und Spitzenfunktionen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

„Gleichstellung ist ein Gewinn für alle. Dem Senat ist eine gerechte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen wichtig. Da muss der Staat als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen mehr Entwicklungschancen für Frauen, gerade auch in Führungs- und Spitzenfunktionen und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – für Frauen wie für Männer. Das neue Gleichstellungsgesetz sorgt für mehr Verbindlichkeit und Klarheit. Es bietet eine gute Grundlage, die Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren voranzubringen“, sagte **Justiz- und Gleichstellungssenatorin Jana Schiedek**.

Das künftige Gesetz betrifft alle rund 80.000 Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg sowie rund 57.000 Beschäftigten der öffentlichen Unternehmen. Es soll das bisherige Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 1991 ablösen.

Folgende zentrale Neuerungen enthält der Gesetzentwurf:

1. Beide Geschlechter im Blick, aber Frauenförderung bleibt geboten

Zukünftig werden nicht nur Frauen sondern beide Geschlechter in den Blick genommen: Anknüpfungspunkt für gleichstellungspolitische Maßnahmen ist die Zugehörigkeit zum unterrepräsentierten Geschlecht. Diese liegt vor, wenn der Frauen- oder Männeranteil weniger als 40 % beträgt. Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung sind Bewerberinnen und Bewerber vorrangig zu berücksichtigen, wenn sie dem unterrepräsentierten Geschlecht angehören. Davon werden qualifizierte Frauen profitieren. Denn auch wenn es in den vergangenen Jahren gelungen ist, den Frauenanteil an Führungspositionen auf rund 39% zu steigern: Bei den Spitzenfunktionen der B-Besoldung liegt der Frauenanteil erst bei 17%.

2. Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Der Gesetzentwurf verbessert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist ein Schlüssel, um die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Führung in Teilzeit kann einen Karriereweg für Frauen und Männer mit Familienaufgaben ebnen. Deswegen sollen alle Arbeitsplätze, auch diejenigen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben, in Zukunft in Teilzeit ausgeübt werden können. Führen als Tandem – als eine Sonderform von Teilzeitführung – ist eine weitere Möglichkeit, wie Beispiele in der hamburgischen Verwaltung zeigen. Das Gesetz stellt klar, dass Teilzeitbeschäftigten die gleichen Chancen zur beruflichen Entwicklung einzuräumen sind wie Vollzeitbeschäftigten. Die Rückkehr aus familienbedingter Beurlaubung wird dadurch erleichtert, dass die Beschäftigten bei der Stellenbesetzung vorrangig zu berücksichtigen sind.

3. Aufgaben und Rechte der Gleichstellungsbeauftragten werden präzisiert

Alle Behörden müssen künftig Gleichstellungsbeauftragte bestellen. Bisher erfolgte dies auf freiwilliger Basis. Der Gesetzentwurf regelt die Rechte und Aufgabenbereich der Gleichstellungsbeauftragten und das Verfahren zu ihrer Bestellung im Einzelnen. Die Gleichstellungsbeauftragten werden verbindlich an die Leitungen ihrer Häuser angebunden. Ihre Aufgabe ist es, die Anwendung dieses Gesetzes zu unterstützen, zu fördern und zu begleiten. Dabei sind sie nicht weisungsgebunden. Maßnahmen, die den Zielen des Gleichstellungsgesetzes zuwiderlaufen, können die Gleichstellungsbeauftragten beanstanden.

Künftig können auch Männer Gleichstellungsbeauftragte werden. Allerdings müssen wegen der noch bestehenden Unterrepräsentanz von Frauen in vielen Bereichen mindestens die Hälfte der Gleichstellungsbeauftragten einer Behörde von Frauen gestellt werden.

4. Konkrete Vorgaben für die Gleichstellungspläne

Der Gesetzentwurf konkretisiert und standardisiert die Anforderungen an die Gleichstellungspläne der Behörden der Hamburgischen Verwaltung. In den alle vier Jahre neu zu erstellenden Gleichstellungsplänen sind die Personalstruktur zu analysieren, Zielvorgaben festzulegen (z.B. Frauenanteil in Führungspositionen) und darauf aufbauende Maßnahmen zu formulieren, mit denen sie ihre Ziele erreichen wollen.

5. Erweiterung auf öffentliche Unternehmen

Nach dem Gesetzentwurf sollen die Regelungen des Gleichstellungsgesetzes nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern auch für private Unternehmen gelten, an denen die Freie und Hansestadt Hamburg mehrheitlich beteiligt ist. Damit wird die Gleichstellung auch in öffentlichen Unternehmen vorangebracht.

Rückfragen der Medien:

Bettina Lentz, Leiterin des Personalamtes

Tel.: 040 – 428 31 1505/1506

Fax: 040-428 31 2420

E-Mail: Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de

17. Juni 2014/jb17a

Zwangsversteigerung von Schiffen, Piraterie und Risikoverteilung bei Havarien – Impulse für internationales Seerecht in Hamburg

Senat empfängt im Hamburger Rathaus Mitglieder des Comité Maritime International

Mit einem Empfang am heutigen Dienstagabend im Großen Festsaal des Hamburger Rathauses ehrt der Senat die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 41. internationalen Konferenz des Comité Maritime International. Dieses befasst sich insbesondere mit einer Vereinheitlichung des weltweiten See- und Seehandelsrechts. Die Expertinnen und Experten aus der ganzen Welt tagen seit Samstag in der Hansestadt.

„Es ist für Hamburg mit seinem Hafen eine besondere Ehre, dass die Konferenz mit hochrangigen Expertinnen und Experten hier tagt. Die Konferenz gibt wichtige Impulse für die Entwicklung und die Vereinheitlichung des internationalen See- und Seehandelsrechts. Piraterie, Zwangsversteigerung von Schiffen und Regelungen zu Havarien sind nur einige der Themen die besprochen werden“, sagt **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

„Dass sich das Comité Maritime International nach 40 Jahren wieder in Hamburg trifft, liegt auf der Hand. Hamburg spielt eine wichtige Rolle im Seehandel und seinen Bemühungen um dauerhafte Regelungen des Seehandels gehen bis in das Mittelalter zurück“, sagte der Präsident des Comité Maritime International **Stuart Hetherington**.

„Der Internationale Seegerichtshof misst vielen der Konferenzthemen hohe Bedeutung bei. Wir freuen uns über den regen Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz“, sagte der Präsident des Internationalen Seegerichtshofs **Prof. Shunji Yanai**. Am morgigen Mittwoch werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg besuchen.

Hintergrund:

Das Comité Maritime International ist eine mit der Vereinheitlichung des See- und Seehandelsrecht befasste internationale Organisation, die 1897 in Antwerpen gegründet wurde. Vor der Einrichtung

des Legal Committee der International Maritime Organisation Ende der 60er Jahre war es maßgeblich für die gesamte schiffahrtsrechtliche internationale Gesetzgebung. Es ist die Weltvereinigung der nationalen Seerechtsverbände. Sie hat auch heute noch eine wichtige Rolle als Impulsgeber für die Entwicklung des internationalen Schiffahrtsrechtes. Zu den Konferenzen kommen mit Fragen des See- und Seehandelsrechts befasste Anwälte, Professoren aus der ganzen Welt. Zuletzt tagte die Konferenz im Jahr 2012 in Peking.

Rückfragen der Medien:

Dr. Sven Billhardt, Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

19.06.2014/pr19

Scholz lobt Engagement der Wohnungswirtschaft

2011 fehlten 40.000 Wohnungen – seit 2011 gibt es 30.000 Baugenehmigungen: „Bündnis für das Wohnen ist vorbildlich“

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat das „Bündnis für das Wohnen“ als „bundesweit vorbildlich“ bezeichnet. Das Hamburger Bündnis habe Vorbildcharakter, weil in ihm Behörden, Bezirke, Wohnungswirtschaft und Mietervereine zusammenarbeiteten, sich im ständigen Austausch befänden und einen Interessenausgleich über Fragen der Wohnungsbaupolitik hergestellt hätten, sagte Scholz am Donnerstag beim Verbandstag des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen (VnW) in Hamburg. Mit der „Qualitätsoffensive Freiraum“ solle jetzt das Ziel erreicht werden, die an Grünflächen, Parks und weitere städtische Freiräume gekoppelte Lebensqualität auch in einer kompakter werdenden Stadt zu erhalten.

Das große Engagement des „Bündnisses für das Wohnen“ habe sich gelohnt, sagte Scholz vor den rund 200 Vertreterinnen und Vertretern des VnW. Er verwies auf die in der laufenden Legislaturperiode erteilten Genehmigungen für den Neubau von über 30.000 Wohnungen und die Zahl von 6407 fertiggestellten Wohnungen allein im Jahr 2013. „Das ist eine Bilanz, auf die wir gemeinsam stolz sein können“, sagte Hamburgs Erster Bürgermeister. Zur Genehmigungszahl gehörten auch mehr als 2000 Sozialwohnungen, die seit 2011 jährlich bewilligt worden sind. Die Unternehmen des VnW hätten an dieser Erfolgsbilanz einen großen Anteil. Im Jahr 2011 hätten in Hamburg etwa 40.000 Wohnungen gefehlt. Vor diesem Hintergrund sei die Zahl von über 30.000 Genehmigungen für den Bau neuer Wohnungen sehr bemerkenswert.

Scholz betonte, das Bündnis für das Wohnen sei viel mehr als nur ein Bündnis für mehr Wohnungen. So gebe es jetzt einen Kooperationsvertrag mit dem Ziel, mehr Wohnraum für Obdach- und Wohnungslose bereitzustellen. „Wir wollen dadurch möglichst vermeiden, dass Familien mit Kindern ihre Wohnungen verlieren, und wir wollen Frauen und Männer mit Behinderungen in den Wohnungsmarkt integrieren.“

Parallel zur Verdichtung des Stadtraums solle die „Qualitätsoffensive Freiraum“ dafür sorgen, dass es weiterhin eine an Grünflächen, Parks und weitere städtische Freiräume gekoppelte Lebensqualität gibt. „Praktisch heißt das: Neue Wohnungsbauvorhaben und zunehmende, maßvolle Verdichtung sollen immer mit dem Aufwerten von öffentlichen und privaten Freiräumen im Quartier einhergehen.“ Das betreffe etwa Grün- und Parkanlagen, Straßenräume sowie Stadt- und Spielplätze. Viele Projekte, mit denen sich der Anspruch verbindet, Freiraumqualitäten in der kompakten Stadt zu

erhalten und neue Qualitäten zu schaffen, habe Hamburg schon realisiert oder auf den Weg gebracht. Scholz nannte beispielhaft den Lohsepark in der HafenCity, das Projekt Mitte Altona mit dem neuen Stadtteilpark oder den Wilhelmsburger Inselpark.

Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Tel.: 0404283122 44, Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

17. Juni 2014/kb17

Webseite zur Musikvermittlung in Hamburg „Hört, hört!“ ist online

Durch die Initiative der Hamburg Musik gGmbH und der Kultur-behörde sind Angebote für alle Altersgruppen jetzt auch im Internet

Musikvermittlung hat sich im internationalen Musikleben einen festen Platz erobert. Angebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene finden sich auf den Spielplänen nahezu aller Konzertveranstalter. Das Angebot in Hamburg ist vielfältig und außerordentlich lebendig: in keiner deutschen Großstadt werden heute so viele Unterrichtsprogramme, Konzerte und Workshops für alle Altersgruppen angeboten. Dieses vielschichtige Angebot wird nun gebündelt auf einer Internetseite dargestellt, um einen Überblick über das vorhandene Angebot zu schaffen und auch jüngere Menschen damit gezielter zu erreichen. Die Internetseite www.hoerthoert.net wurde gemeinsam von der HamburgMusik gGmbH und der Kulturbehörde Hamburg entwickelt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Musikvermittlung ist in allen Altersstufen ein wichtiges Instrument der kulturellen Bildung. Die Musikvermittlungsangebote der Hamburger Kulturinstitutionen sind vielfältig und werden sehr professionell angeboten. Mit der Internetseite www.hoerthoert.net gibt es erstmalig eine Plattform, auf der man sich über das breit gefächerte Angebot in Hamburg informieren kann.“

Mit der Website findet auf zeitgemäße und attraktive Weise die Präsentation des Hamburger Musikvermittlungsangebots statt und trägt zur Profilierung der Musikstadt Hamburg bei. Die Website ist dabei auch Ergänzung der seit einigen Jahren von den Konzertveranstaltern in Hamburg gemeinschaftlich herausgegebenen Broschüre „Hört, Hört!“ Sie bietet einen Überblick über die Musikvermittlungsangebote für Jung und Alt und die dafür benötigten Eintrittskarten. Auch Konzertbesuche für Schulen und Kitas fehlen ebenso wenig, wie Informationen über Musikschulen und Möglichkeiten selber Musik zu machen. Das Projekt wurde aus Mittel des IT-Globalfonds der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert und vom Hamburger Verlag Concerti umgesetzt.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

19. Juni 2014/bis19

10,92 Millionen Euro jährlich für den organisierten Sport

Sportfördervertrag 2015/2016 unterzeichnet

Die Behörde für Inneres und Sport (BIS), der Hamburger Sportbund (HSB) und der Hamburger Fußball-Verband (HFV) haben heute im Rathaus den Sportfördervertrag 2015/2016 unterzeichnet. Mit diesem Vertrag sichern die Partner die Förderung der Sportvereine und -verbände sowie der Sportinfrastruktur in Hamburg. Die Summe der Förderungen steigt deutlich auf 10,92 Millionen Euro jährlich. Davon erhalten der HSB 9,62 Millionen Euro und der HFV 1,3 Millionen Euro.

Die Förderung von Vereinen und Verbänden (Übungsleiterbetrieb und Fachverbandsetat ohne HFV) wird um 330.000 Euro auf 2,35 Millionen erhöht. Die Förderung der Leistungssportentwicklung steigt um 100.000 Euro für die Finanzierung von Trainern und der Talententwicklung. Außerdem übernimmt der HSB 72.000 Euro zur Förderung des Wettkampfsports im Bereich Behindertensport (37.000 Euro) und zur Finanzierung sportmedizinischer Untersuchungen der Hamburger D-Kader-Athlet/innen (jährlich 35.000 Euro). Der Gesamtetat für Leistungssportentwicklung beträgt damit 802.000 Euro.

Die Förderung der Sportinfrastruktur steigt um 2,0 Millionen auf 3,79 Millionen Euro. Diese Mittel stammen aus dem Haushalt des Landessportamts und sind zweckgebunden für den Bau des neuen Landesleistungszentrums für Judo und Handball. Der HSB übernimmt hier die Projektleitung und -abwicklung.

Die zusätzlichen 20.000 Euro für den HFV erhöhen seinen Etat für Zuschüsse an Vereine auf 194.000 Euro oder 11,5 Prozent.

Die Positionen des Vertrags im Überblick:

Förderung des Ehrenamtes, Personal/Verwaltung	1.491.000,00
Förderung der Vereine/Verbände	2.350.000,00
Förderung der Integration und Inklusion	130.000,00
Förderung der Leistungssportentwicklung	802.000,00
Förderung der Sportjugendarbeit (Vorbehalt, vgl. ZLV)	1.057.000,00
Förderung der Sportinfrastruktur	3.792.000,00
Förderung HSB	9.622.000,00
Förderung des HFV	1.300.000,00
Summe	10.922.000,00

Der Staatsrat Sport und das Landessportamt werden sich darüber hinaus gemeinsam mit dem HSB und dem HFV dafür einsetzen, weitere Mittel, insbesondere aus dem Sanierungsfonds der Hamburger Bürgerschaft für die Sanierung vereinseigener Anlagen, einzuwerben.

Die Unterzeichner des Vertrages sind Senator Michael Neumann, Staatsrat Karl Schwinke, HSB-Präsident Günter Ploß, HSB-Vizepräsident Thomas Fromm, HFV-Präsident Dirk Fischer und HFV-Schatzmeister Volker Okun.

Hamburgs Sportsenator Michael Neumann: „Nach konstruktiven und intensiven Verhandlungen sind wir zu einer für den organisierten Sport sehr guten Lösung mit einem für zwei Jahre verlässlichen Rahmen gekommen. Somit ist die Sportförderung in den Jahren 2015 und 2016 finanziell durch die Stadt abgesichert und kann durch die Partner HSB und HFV inhaltlich gestaltet werden.“

HSB-Präsident Günter Ploß: „Nach langen Verhandlungen konnten wir uns mit dem Senat auf ein außerordentlich positives Ergebnis einigen. Insgesamt erhält der organisierte Sport deutlich mehr als bisher. Wir erreichen damit eine deutlich bessere Förderung der Vereine und Verbände sowie des Leistungssports. Die Übertragung der Mittel für den Bau der neuen Halle für Judo und Handball zeigt einmal mehr, dass unsere Kompetenz im Rathaus geschätzt wird.“

HFV-Präsident Dirk Fischer: „Wir haben hart verhandelt und Verbesserungen für den Sport erzielt, die es zu würdigen gilt. Allerdings gab es keine Anhebungen in der institutionellen Grundförderung des Sports. Dies muss sich für die Zukunft ändern!“

Der Sportfördervertrag muss von der Hamburgischen Bürgerschaft und den Mitgliederversammlungen von HSB und HFV beschlossen werden, um in Kraft treten zu können. Die Bürgerschaft wird ihren Beschluss im Rahmen der Haushaltsberatungen fassen. Der HSB legt den Vertrag seiner Mitgliederversammlung am 28. Juni 2014 zur Abstimmung vor. Der HFV wird auf der Klausurtagung des Präsidiums am 21. Juni 2014 über den Sportfördervertrag entscheiden.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

Hamburger Sportbund e.V., Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Thomas Michael, Tel. 040 – 419 08 - 290

E-Mail: t.michael@hamburger-sportbund.de Internet: www.hamburger-sportbund.de

Hamburger Fußball-Verband e.V., Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Carsten Byernetzki, Tel. 040 – 675 870 33

E-Mail: c.byernetzki@hfv.de Internet: www.hfv.de



PRESSEMITTEILUNG

17. Juni 2014/ds17

Transparenz als staatliche Aufgabe

28. Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder in Hamburg

Am heutigen Dienstag findet in Hamburg die 28. Konferenz der Informationsfreiheits-beauftragten Deutschlands (IFK) statt. Unter dem Vorsitz des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit tagen die Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder, in denen es ein Informationsfreiheitsgesetz gibt. Nach wie vor wird der Weg zur Informationsfreiheit in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zurückgelegt, denn während einige Bundesländer bereits Transparenzgesetze nach Hamburger Vorbild entwickeln, gibt es in anderen Ländern bisher noch nicht einmal ein Informations-freiheitsgesetz.

Auch ist das Verständnis für die Informationsfreiheit als wichtiger Bestandteil demokratischer Willensbildung noch nicht flächendeckend im Selbstverständnis staatlicher Organe verankert. In der täglichen Arbeit der Informationsfreiheitsbeauftragten entsteht mitunter der Eindruck, dass die staatlichen Stellen ihre Aufgabe eher darin sehen, Mittel und Wege zu finden, um den Bürgerinnen und Bürgern den Informationszugang zu verweigern. Dies spiegelt sich auch in den Entschlüssen wider, die die Informationsfreiheitsbeauftragten in ihrer Konferenz verabschiedet haben:

Das Urheberrecht dient nicht der Geheimhaltung

Auskunftspflichtige Stellen berufen sich zur Ablehnung von Anfragen verstärkt auf das Urheberrecht oder auf „geistiges Eigentum“. Die IFK stellt dazu fest, dass mit steuerlichen Mitteln oder zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe erstellte Vermerke grundsätzlich frei zugänglich sein müssen. Nur im Ausnahmefall könnten von Dritten erbrachte Gutachten urheberrechtlich geschützt sein. Hier hat sich der öffentliche Auftraggeber von vornherein das Recht zur Veröffentlichung einräumen zu lassen, um seiner Pflicht nach den Informationsfreiheitsgesetzen nachkommen zu können.

Keine Flucht vor der Informationsfreiheit ins Privatrecht!

Die Auskunftsverpflichtung staatlicher Stellen ist häufig von der Rechtsform abhängig, in der der Staat handelt. Gründet er beispielsweise ein privates Unternehmen, um eine öffentliche Aufgabe zu erfüllen, gelten für diese privatrechtlich organisierte Einheit unter Umständen nicht dieselben Informationsverpflichtungen wie für die öffentlich-rechtlichen Stellen. Hierzu stellt die IFK fest, dass diese Unterscheidung nicht zeitgemäß ist und dem Gedanken der Informationsfreiheit widerspricht. Der Staat muss zur Herausgabe der Informationen verpflichtet sein, egal in welcher Rechtsform er handelt.

Informationsfreiheit nicht Privaten überlassen!

Soweit staatliche Stellen die Meinung vertreten, dass amtliche Informationen auf Internetseiten privater Anbieter, wie beispielsweise Facebook oder Twitter, bereitgestellt werden könnten, teilt die IFK diese Meinung nicht. Die kommerziellen Interessen der privaten Anbieter widersprechen in der Regel dem Grundsatz des freien und anonymen Informationszugangs. Die IFK fordert die öffentlichen Stellen dazu auf, amtliche Informationen nur über solche Medien zu verbreiten, über die sie die Kontrolle haben, damit keine Hürden für den Zugang zu Informationen bestehen.

„Während einige Bundesländer noch nicht einmal Informationsfreiheitsgesetze haben, besteht anderenorts bereits eine Verpflichtung, Informationen in öffentlich zugängliche Transparenzregister einzustellen. Es gibt wohl kaum einen demokratierelevanten Bereich, der im Föderalismus derart unterschiedlich geregelt wurde. Es ist nun höchste Zeit, auch dort ein Recht auf Informationszugang zu öffentlichen Informationen zu schaffen, wo bislang nur weiße Flecken auf der Transparenzlandkarte zu finden sind. Auch dort, wo Informationsrechte gelten, muss dafür gesorgt werden, dass diese nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern auch in der Praxis gewährt werden“, so Johannes Caspar, diesjähriger Vorsitzender der IFK und Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Pressekontakt/ Rückfragen:

Arne Gerhards, Tel. 040/42854-4153

Die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland (IFK) ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Informationsfreiheitsbeauftragten. Mitglieder sind die Informationsfreiheitsbeauftragten des Bundes und der Länder, in denen es Informationsfreiheitsgesetze gibt. Momentan umfasst die IFK neben der Bundesbeauftragten für Informationsfreiheit die Informationsfreiheitsbeauftragten aus Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Sie tagen zweimal jährlich unter turnusmäßig wechselndem Vorsitz. Die Konferenz verabschiedet Entschlüsse, in denen die Informationsfreiheitsbeauftragten Stellung zu aktuellen Fragen der Informationsfreiheit nehmen. Sie wird durch den fachlich spezialisierten Arbeitskreis Informationsfreiheit (AKIF) vorbereitet.

Terminkalender

Vom 23. Juni bis 29. Juni 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 23.06.2014

- 09:00** Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Tagung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe** ein Grußwort.
- 10:00** Lawaetzstraße 9-13, Norderstedt
Senator Frank Horch besucht die **Jungheinrich AG zu einer Werksbesichtigung**.
- 10:30** Barca, An der Alster 67 a
Senator Michael Neumann nimmt am **PressesegeIn**, einer Veranstaltung der Smartphone-App „König der Alster“ teil.
- 19:00** HAW, Aula des Maschinenbaugeschäftes, Berliner Tor 5
Senatorin Jutta Blankau nimmt an der **Podiumsdiskussion des Wirtschaftsforums Hamburg der Bergedorfer Zeitung zum Thema „Akzeptanz erneuerbarer Energien“** teil.

Dienstag, den 24.06.2014

- 12:00** Binz auf Rügen, Hotel "Kurhaus Binz", Strandpromenade 27, 18609 Binz
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **Amtscheftreffen im Rahmen der Justizministerkonferenz** teil.
- 18:00** YoHo Hotel, Moorkamp 5
Senatorin Jutta Blankau hält einen Vortrag zur **Quartiersentwicklung bei der AWO Landeskonferenz**.
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Galaabends für das Institut Français Hamburg** ein Grußwort.

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.
- 19:00** Info-Pavillon Hannoverscher Bahnhof, Nördlicher Lohsepark, HafenCity
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Eröffnung des Sommerprogramms am Info-Pavillon Hannoverscher Bahnhof** ein Grußwort.
- 19:30** Fischauktionshalle
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Jubiläumsfeier zum 150-jährigen Bestehen des Germanischen Lloyd** (nunmehr: DNV GL) ein Grußwort.

Mittwoch, den 25.06.2014

- ganztägig** Hotel „Kurhaus Binz“, Strandpromenade 27, 18609 Ostseebad Binz
Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen vom 25.06. – 26.06.2014 an der **85. Justizministerkonferenz** teil.

- 14:30** Fundustheater, Hasselbrookstraße 25
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Eröffnung des Kindertheatertreffens „Spurensuche** ein Grußwort.
- 18:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72 – 79
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines **Empfangs anlässlich des Ausscheidens von Michael Behrendt und Ulrich Kranich aus dem Vorstand der Hapag-Lloyd AG** ein Grußwort.
- Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Frank Horch und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen teil.
- 18:30** Vertretung des Landes Hessen beim Bund, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin
Senator Michael Neumann nimmt am **Parlamentarischen Abend des Deutschen Sports** teil.
- 19:30** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Senatempfangs zur „26. Bundestagung zur EU-Forschungsförderung in Hamburg“** ein Grußwort.
- Donnerstag, den 26.06.2014**
- 09:30** Hotel Hafen Hamburg, Seewartenstraße 9
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **Hamburger-Krankenhaus-Tag** mit einem Grußwort.
- 11:00** Akademie der Künste, Pariser Platz 4, 10117 Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Festveranstaltung anlässlich des Amtswechsels des Präsidenten der Leibniz-Gemeinschaft** teil.
- 11:00** Kohlentwiete, südliche Einmündung Kühnehöfe, Altona
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort beim **Festakt anlässlich der Straßenumbenennung „Kohlentwiete“ in „Tasköprüstraße“** in Anwesenheit von Staatsministerin Özuguz.
- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet und leitet als Vorsitzende die **Gesundheitsministerkonferenz vom 26.06. – 27.06.2014.**
- Staatsrätin Elke Badde nimmt teil.
- 13:30** Überseeclub
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Eröffnung des Konsulats Montenegro.** Prof. Peer Witten ist neuer Honorarkonsul von Montenegro.
- 14:00** Handwerkskammer, Holstenwall 12
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des jährlichen **Zusammentreffens der Mitarbeiter der Prognos AG, Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung und Strategieberatung,** ein Grußwort.
- 15:00** Hamburger Schloßstraße 27-39
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Grundsteinlegung des Bauvorhabens Kaufhauskanal** ein Grußwort.
- 15:00** Kösterbergstraße 62, Hamburg-Blankenese

Senator Detlef Scheele spricht bei der Feier „**50 Jahre Freiwilliges Soziales Jahr im Elsa Brandström Haus** ein Grußwort.

- 15:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz trifft den **Außenminister Montenegros, Dr. Igor Lukšić, zum Gespräch sowie den Honorarkonsul Montenegros, Prof. Peter Witten, zum Antrittsbesuch.**
- 18:30** Synagoge Hohe Weide 34
Senator Michael Neumann nimmt am **Festakt der Jüdischen Gemeinde zu Ehren der Hamburger Polizei** teil.
- 20:00** Internationales Maritimes Museum, Koreastraße 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen eines **Empfangs anlässlich des 3sat-Gremientreffens** ein Grußwort.

Freitag, den 27.06.2014

- 10:00** Rostock, Kunsthalle, Hamburger Straße 40
Staatsrat Michael Sachs hält ein Referat zum Thema „Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung – Fluch oder Segen?“ anlässlich der gemeinsamen **Tagung der SRL-Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, der Architektenkammer und BDA Mecklenburg-Vorpommern.**
- 11:00** Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt an der **Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz der Länder** teil.
- 11:00** Sprinkenhof AG, Steinstraße 7
Senator Dr. Peter Tschentscher verabschiedet den **Vorstandssprecher der Sprinkenhof AG, Henning Tants**, in den Ruhestand.
- 12:00** Generalkonsulat der Republik Ägypten, Harvestehuder Weg 50
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Empfangs zum Nationalfeiertag der Republik Ägypten** ein Grußwort.
- 13:00** Quadriga Hochschule Berlin, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill nimmt am **Jahresempfang der Quadriga Hochschule** teil.
- 16:45** Schule Fünfhausen-Warwisch, Durchdeich 108
Senator Ties Rabe nimmt am **Schulfest anlässlich der Einweihung der Mensa der Schule Fünfhausen-Warwisch teil** und hält eine Rede.
- 19:00** Sparkasse Harburg-Buxtehude, Festräume, Sand 2
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Harburg-Pokal“** ein Grußwort.

Samstag, den 28.06.2014

- 11:00** Emporio Haus, Dammtorwall 15
Senator Michael Neumann spricht anlässlich der **Mitgliederversammlung des HSB** ein Grußwort.
- 13:00** Stadtteilschule Oldenfelde, Delingsdorfer Weg 6
Senator Ties Rabe nimmt an den erstmaligen **Abiturfeiern der Stadtteilschulen Oldenfelde und Rahlstedt teil** und spricht ein Grußwort.

Sonntag, den 29.06.2014

19:00

Barca, An der Alster 67a

Senatorin Jutta Blankau spricht beim **Abschlussfest „Langer Tag der StadtNatur“** ein Grußwort und überreicht Urkunden.